Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil: die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil: die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Plagvorchriften kann keine Gewähr übernommen werden

Geschäftsstand für beide Teile ist Calw

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Nr. 214

Dienstag, den 13. September 1932

Jahrgang 105

Ueberraschende Auflösung des Reichstags

Offener Konflikt zwischen Reichstagspräsidenten und Reichsregierung — Der Reichstag mit 513 gegen 42 Stimmen für Aufhebung der Notverordnung — Reichstagsneuwahlen im November

— Berlin, 13. Sept. Der Reichstag ist gestern nachmittag überraschend aufgelöst worden. Die Regierung befürchtete, der Reichstag werde die Aufhebung der Notverordnung beschließen und kam deshalb einem solchen Beschluß durch Ueberreichen der Auflösungsorder an den Reichstagspräsidenten zuvor.

Die Reichstagsitzung begann mit der Annahme eines kommunistisch-sozialdemokratischen Antrages, die Abstimmung über die Aufhebung der Notverordnung nun sofort auf die Tagesordnung zu setzen. Reichstagspräsident Göring erklärte darauf, daß die Tagesordnung geändert sei und eröffnete sofort die gemeinsame namentliche Abstimmung über Notverordnung und Mißtrauensantrag. Reichskanzler v. Papen erhob sich und meldete sich durch Handaufheben zum Wort. Der Reichstagspräsident überließ das Redewort, und als der Reichskanzler die Wortmeldung mündlich am Präsidententisch vorbrachte, erklärte Präsident Göring, während der Abstimmung könne er das Wort nicht erteilen. Nun legte der Reichskanzler die Auflösungsorder auf den Präsidententisch. Präsident Göring schob sie weg mit der Bemerkung, während der Abstimmung könne er sich mit anderen Dingen nicht beschäftigen. Die Mitglieder der Reichsregierung verließen hierauf den Saal. Als Ergebnis der Abstimmung stellte der Präsident fest, daß der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung und zugleich der Mißtrauensantrag gegen das Reichsfabinnett mit 513 gegen 42 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen sei. Gegen die Anträge stimmten nur 42 Abgeordnete, nämlich 35 Deutschnationale und die 7 Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Der Stimme enthalten haben sich die Abgeordneten der Christlich-sozialen Volkspartei sowie der Abgeordnete der Volksrechtspartei. Ueberhaupt nicht an der Abstimmung teilgenommen haben die 4 Mitglieder der Staatspartei, die 2 Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei und die 2 Wirtschaftsparteiler.

Nach der Abstimmung erklärte der Reichstagspräsident unter großer Spannung des Hauses, daß er nach der Verfassung nicht verpflichtet gewesen sei, dem Reichskanzler während der Abstimmung das Wort zu erteilen oder die Abstimmung durch Verlesung der ihm inzwischen überreichten Auflösungsorder zu unterbrechen. Jetzt aber sei diese Auflösungsorder hinfallig geworden, denn sie sei gegengezeichnet von dem Kanzler einer Regierung, der der Reichstag mit überwältigender Mehrheit das Mißtrauen ausgesprochen habe, die also nach der Verfassung nicht mehr im Amte sei. Unter dem stürmischen Beifall der Mehrheit erklärte Präsident Göring weiter, daß er die Verfassung und die Rechte der Volksvertretung wahren und den Reichspräsidenten unter Hinweis auf die durch die Abstimmung geschaffene Lage um Zurücknahme der Auflösung bitten werde.

Ueberwachungsanschuß und Auswärtiger Anschuß des Reichstages einberufen

Ueber den Inhalt der Besprechungen der Fraktionsführer, die am Montagabend unter Vorsitz des Reichstagspräsidenten Göring im Reichstag stattfanden, verriet, daß für Dienstagvormittag der Anschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung und für Dienstagnachmittag der Auswärtige Anschuß des Reichstages einberufen sind.

Landesregierungen wollen den Staatsgerichtshof anrufen

Reichstagspräsident Göring erläuterte am Montagabend vor Pressevertretern noch einmal seinen Standpunkt hinsichtlich der Auflösungsorder des Reichspräsidenten. Göring teilte weiter mit, daß verschiedene Landesregierungen — der Reichstag sei hierzu nicht legitimiert — die Absicht hätten, beim Staatsgerichtshof unverzüglich eine Entscheidung über die Rechtsgültigkeit der Auflösungsorder herbeizuführen. Bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes werde er den Reichstag nicht einberufen. Etwas Schritte der Reichsregierung im Sinne einer Wahlreform würden auf den stärksten Widerstand der Mehrheit des Volkes stoßen.

Die Verfassungsmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung

Reichsinnenminister v. Gajl gab am Montagabend vor den Vertretern der deutschen Presse die Auffassung der Reichsregierung über die Vorgänge im Reichstag bekannt. Zur Verfassungsmäßigkeit der Wortmeldung des Kanzlers im Reichstag stellte der Minister fest, daß die Abstimmung noch nicht begonnen hatte, sondern von dem Präsidenten angekündigt worden war. Daraufhin kam erst aus dem Hause der Antrag auf namentliche Abstimmung, der von dem Präsidenten aufgenommen wurde. Anträge zur namentlichen Abstimmung wären aber unzulässig gewesen, wenn die Abstimmung bereits begonnen gehabt hätte. Infolgedessen war unter allen Umständen der Reichstagspräsident verpflichtet, dem Kanzler

das Wort zu erteilen. Aber selbst wenn bereits die Abstimmung in bestimmten Grenzen begonnen hätte, hatte noch die Reichsregierung das Recht, gehört zu werden, wenn sie es verlangte.

Zu der Ankündigung des Reichstagspräsidenten Göring, die Länder zum Einspruch beim Staatsgerichtshof zu veranlassen, erklärte v. Gajl, daß der Staatsgerichtshof für Differenzen zwischen Reichstag und Reichsregierung nicht zuständig sei, sondern nur für Auseinandersetzungen zwischen Reich und Ländern. Ob die Länder berechtigt seien, zu klagen, sei mehr als zweifelhaft. Die Gründe für die Auflösung des Reichstages, also auch Präventivgründe, lägen nach der Verfassung ausschließlich in dem eigenen Ermessen des Reichspräsidenten.

Neuwahlen im November

Reichsinnenminister Freiherr v. Gajl teilte zur Frage des Wahltermins mit, daß die Reichsregierung durchaus die Absicht habe, die verfassungsmäßigen Vorschriften einzuhalten, und daß, wenn eine Wahl ausgeschrieben werde, sie auch unter dem gegenwärtigen Wahlgesetz erfolgen würde. Selbstverständlich könne eine Wahl nur erfolgen, wenn Ruhe und Ordnung gewährleistet seien. Auf die Frage, ob die Reichsregierung zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung besondere Maßnahmen zu ergreifen gedenke, erklärte der Minister, daß die Reichsregierung hierzu gegenwärtig keinen Anlaß sehe.

Volksbegehren auf Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat beim Reichsinnenminister die Zulassung eines Volksbegehrens zur Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September beantragt.

Regierungserklärung Papens im Rundfunk

Reichskanzler von Papen sprach am Montagabend im Rundfunk über das Programm der Reichsregierung. Er führte unter anderem aus: Ich spreche heute durch den Rundfunk zum deutschen Volk, weil der soeben aufgelöste Reichstag es nicht einmal für notwendig befunden hat, eine Erklärung der Reichsregierung über das von mir verfolgte Programm entgegenzunehmen. Der Reichskanzler gab eine Schilderung der heutigen Vorgänge im Reichstag und betonte, daß nach Artikel 33 der Verfassung der Präsident verpflichtet war, ihm als Vertreter der Regierung das Wort zu erteilen. Mit dem Augenblick der Uebergabe des Auflösungsdekrets, fuhr der Kanzler fort, war nach den Bestimmungen der Verfassung der Reichstag aufgelöst. Die Abstimmungen, die der Reichstagspräsident danach hat stattfinden lassen, sind verfassungswidrig und damit rechtlich nichtig. Aus diesem Vorgang wird das deutsche Volk ersichen, daß es der Reichsregierung durch verfassungswidriges Verhalten des Reichstagspräsidenten unmöglich gemacht worden ist, vor dem Volk einen Rechenschaftsbericht über die vergangenen drei Monate zu geben und ihr Programm für die Zukunft mitzuteilen.

In dem folgenden Rechenschaftsbericht betonte der Kanzler zunächst, daß es unmöglich sei, in drei Monaten abgeschlossene Leistungen vorzuweisen, die sich zum Segen der Nation auswirken könnten. Die Reichsregierung sei aber

Frankreichs Antwort unbefriedigend

— Berlin, 13. Sept. Die Antwort der französischen Regierung auf die deutsche Denkschrift in der Gleichberechtigungfrage ist durchaus unbefriedigend. In der Antwortnote wird u. a. gegen eine Wiederaufrüstung Deutschlands Einspruch erhoben und die Entscheidung dem Völkerbund zugeschoben. Damit ist der Versuch direkter Verhandlungen mit Frankreich in der Rüstungsfrage gescheitert. Das Reichskabinett hat wegen der innerpolitischen Vorgänge am Montag zu der französischen Antwort keine Stellung nehmen können. Es wird sich in den allernächsten Tagen hierzu Gelegenheit finden. In Kreisen der Reichsregierung erklärt man immerhin, eine erste Durchsicht der französischen Note lasse schon jetzt erkennen, daß die französische Regierung die deutsche Gleichberechtigungsforderung praktisch nicht anerkenne und daß der Versuch einer direkten deutsch-französischen Aussprache als gescheitert zu betrachten sei. Die Reichsregierung wird sich ihre weiteren Entschlüsse vorbehalten müssen. Es gilt als sicher, daß die deutsche Regierung zunächst einmal der für den 21. September angelegten Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz fernbleiben wird.

fest entschlossen, den Weg ihrer bisherigen Handlungen weiter zu beschreiten, den Weg einer neuen unabhängigen Staatsführung. Endlich sei in Lausanne unter das ungeliebte Kapitel der Reparationen ein Strich gezogen werden. Das System der Reparationen und der Young-Plan als seine feste Verkörperung sei tot und werde niemals mehr lebendig werden. Die vereinbarte Restzahlung von höchstens drei Milliarden stehe unter den Bedingungen, die die Möglichkeit ausschließen, daß sich daraus Gefahren für die Wirtschaft und die Finanzen Deutschlands ergeben könnten. Der Kanzler betonte, daß er schon in Lausanne den Anspruch Deutschlands vor der ganzen Welt angemeldet habe, als Volk mit gleichen Rechten und Pflichten in der Welt behandelt zu werden. Die Beseitigung dieser Diskriminationen dürfe nicht wieder von der Tagesordnung der internationalen Politik verschwinden. Die Herstellung der vollen Souveränität des Reiches, seiner Freiheit und Gleichberechtigung sei das grundsätzliche Ziel der Außenpolitik, sei eine Sache der Ehre und Selbstachtung Deutschlands. Jede Regierung, die die großen Lebensfragen der Nation vorwärts zu treiben suche, stehe auf einer sehr viel breiteren Basis, als irgend eine Partei sie bieten könne, auf der Unterstützung des gesamten Volkes.

Deutschland wolle die Abrüstung. Es würde auch die weitestgehenden Abrüstungsvorschläge annehmen, wenn sie gleichmäßig für alle Staaten Geltung hätten. Es sei aber unerträglich, daß das deutsche Volk weiter als Volk zweiter Klasse behandelt werde und schutzlos dastehe. Niemand habe mit größeren Hoffnungen auf die Abrüstungskonferenz gesehen als Deutschland, deren Ergebnis graufam enttäuscht habe. Deutschland könne an den weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz nicht teilnehmen, bevor nicht die Frage der Gleichberechtigung im deutschen Sinne geklärt sei. Die französische Antwortnote werde zur Zeit noch geprüft. Ihr Inhalt scheine nicht geeignet, die Lösung dieses ersten Problems zu fördern.

Zu Fragen der Innenpolitik übergehend betonte der Kanzler, daß das große Ziel der Reichsregierung, daß sie nach ihrer festen Ueberzeugung auch erreichen werde, die entscheidende Verminderung der Arbeitslosigkeit sei. Durch das Wirtschaftsprogramm würden in den nächsten Monaten ¼ Milliarden für öffentliche Aufträge bereitstehen. Hinzu kämen Reichsmittel für die vorstädtische Kleinsiedlung und den Bau von Eigenheimen. Die häuerliche Siedlung sehe die Regierung als eine der bedeutendsten nationalpolitischen Fragen an, doch seien hier zunächst schwierige Aufräumungsarbeiten zu leisten. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei beste Sozialpolitik. Selbstverständlich bekenne sich die Regierung zu ihrer Pflicht gegenüber den schutzbedürftigen Arbeitnehmern. Hier finde die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit. Die Regierung wolle nach der Richtschnur des Reichspräsidenten handeln, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben müsse. Sie lasse sich von niemand an sozialer Gesinnung übertreffen. Die Regierung rufe das Volk zu ihrer letzten Anstrengung auf in dem Bewußtsein, daß damit die furchtbaren Krisenjahre auf immer hinter uns versänken.

Der Kanzler betonte dann weiter, daß auch der Umbau unseres staatlichen Lebens eine Hauptaufgabe der Regierung sei. Die Reichsregierung erkläre ihre historische Mission in der Beseitigung von Konstruktionsfehlern der Weimarer Verfassung. Die Regierung glaube, daß die formale Demokratie abgewirtschaftet habe und nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden könne. Aus dem heutigen Zustand unseres Staatslebens könne allein die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen Staatsführung herauszuführen, die sich auf die Autorität des Reichspräsidenten stütze. Wenn heute eine Regierung das Programm auf ihre Fahne schreibe, das eine große Partei im wesentlichen gefordert habe, und wofür sie Millionen in Bewegung gesetzt hätte, dann erfahre sie bitterste Opposition, weil, ja weil sie zufällig nicht aus den Reihen jener Partei hervorgegangen sei. Der Verwilderung des politischen Kampfes mit persönlichen und kollektiven Verunglimpfungen müsse ein Ende gesetzt werden. Der Reichskanzler schloß: Die Siderheit für das politische und wirtschaftliche Leben bestehe in der unerfütterlichen Entschlossenheit der Regierung, die im Auftrage des Reichspräsidenten gefassten Pläne bis zum Erfolg durchzuführen. Ich hatte die Absicht, von der Tribüne des Reichstags die erwählten Vertreter aufzufordern, dem Lande dadurch zu dienen, daß sie der Reichsregierung die Durchführung ihres Programms ermöglichen. Die Volksvertretung hat mich daran gehindert. Sie hat es nicht gewollt. Deshalb rufe ich dem Lande in dieser Stunde zu: Mit Hindenburg und für Deutschland!

Wirtschaft
Markt

Spezial 4-8; Tafel
beeren 30-35;
en 8-10; Reim-
en 8-10; Reim-
Kartoffeln 23
3-8; Erdbeeren
at, rund 3; Rot-
ben 5-6; gelbe
bel 6-7; große
-60; Rettiche 4
6-20; Tomaten

Zufuhr 200 Ztr.,
dem Wiltfelm-
für 1 Ztr.

g ist qualitativ
nahezu beendet.
Erfahrungen des
on Hopfen ganz
trag verhältnis-
Schberg 10 Ztr.
verkauft. Auch
sowie Trunk-
Abfah nur sehr
die früher zahl-
ren, ist bis jetzt

10, Pflaumen 6
Kalläpfel 3,50-4,
Apfelbirnen 5-10,
Kalläpfel 3,50-4,
Apfelbirnen 6-9,
4,50-5, Tafel-

Opfingen: Milch-
Läufer 38-45,
Saugchweine
eine 12-20 M.,
-30 M., - Rün-
g: Milchschweine
eine 15-22 M.,
Blentingen a. F.:
Losenfeld: Milch-
eine 10-22 M.,
Milchschweine

ndlich nicht an den
a für jene noch die
n Die Schriftla

Tagblatt!

Neuwerker.
wurde uns als

id Schmalzle

gsversteigerung.
rd öffentlich meist-
gegen bar versteigert
ag. 13. U. 8 Uhr
erreichendach:
Jahre alter Farren.
henkunft b. Rathaus.
er. Volk. Stelle.

höne Früh-
berischen

Wb. zu 10 Ps.
empfehl

Philipp Mast.

Die Forderungen der Landwirtschaft

U. Hagenburg (Westerwald), 12. Sept. Auf dem zwölften Nassauischen Bauerntag sprach am Sonntag der geschäftsführende Präsident des Reichslandbundes, Graf v. Kalkreuth, der ungefähr ausführte: Wir haben es begrüßt, daß der Reichspräsident durch Bildung des Kabinetts Papen sich von der Diktatur der Parteien freigemacht hat. Wir begrüßen es ferner, daß das Kabinett eine Reihe von uns zu billigeren Schritten getan hat, wie z. B. in der Frage der Wehrhaftmachung und der Verwaltungsreform. Dagegen hat man noch nicht die klare Ueberzeugung, daß das Kabinett in wirtschaftlicher Hinsicht die Wege einschlagen wird, die zur Rettung Deutschlands notwendig sind. Man weiß, daß der Reichsernährungsminister diese Wege erkennt, aber im Kabinett noch mit Widerstand zu kämpfen hat.

Die deutsche Landwirtschaft kann ebensowenig wie die Landwirtschaften der übrigen Länder der Welt zum jetzigen Weltmarktpreis erzeugen. Sie braucht angemessene Preise. In Bezug auf die Fruchtpreise hätten die Maßnahmen der Regierung diesen Wunsch in bescheidenem Maße erfüllt. Anders lägen die Dinge bei der Veredelungswirtschaft. Hier sei eine Kontingentierung notwendig. Weiterhin forderte der Redner eine bessere Verteilung der Steuerbelastung. Er wandte sich besonders gegen die Schlachtsteuer, verlangte eine Margarinesteuer und eine große Senkung des Hypothekenzinssatzes und des Reichsbankdiskonts sowie für die Landwirtschaft besonders eine Gesundung der Genossenschaften durch Sanierung der Preußenkasse.

Die Einstellung der Landwirtschaft zum Kabinett Papen werde abhängig sein von der Lösung dieser Fragen. Die soeben erfolgte Rücksprache der Vertreter der Grünen Front mit dem Kanzler habe eine Klärung noch nicht gebracht. Sollten personelle Fragen Schwierigkeiten im Kabinett ergeben, so habe er das Vertrauen zum Reichspräsidenten, daß er die Lösung an Personen nicht scheitern lassen werde. Zum Schluß betonte Graf Kalkreuth, daß die Landwirtschaft ihren Kampf losgelöst von jeder Parteipolitik führe.

Rundgebung der Saarvereine in Koblenz

U. Koblenz, 12. Sept. Aus Anlaß der 12. Tagung des Bundes der Saarvereine fand eine große deutsche Rundgebung für das abgetretene Saargebiet am Deutschen Eck statt. 25 000 dort versammelte Saarländer faßten folgende Entschlüsse:

„In Koblenz am „Deutschen Eck“ am deutschen Rhein haben sich, berufen vom Bunde der Saarvereine, Tausende aus dem Saargebiet und aus dem übrigen Reiche zusammengefunden, um erneut ihre Stimme zu erheben für die Herstellung des Rechtes für das Saargebiet. Die Fremdberrschaft, die dem Volk an der Saar aufgezwungen wurde, verleiht das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Alle Zwecke, die der Versailler Vertrag mit der besonderen Saarregelung verfolgte, sind restlos überholt.“

Das Volk an der Saar hat eindeutig und einmütig fortgesetzt die Rückkehr des Saargebietes unter die deutsche Herrschaft gefordert. Es hat 13 Jahre vergeblich auf die Berücksichtigung seines klar zugabe liegenden Willens gewartet und rüftet sich nunmehr zu der im Versailler Vertrag vorgesehenen Volksabstimmung: Dann wird sich kein Zweifel mehr über seinen Willen hervorwagen können. Dann wird auch offenbar werden, daß die Rückkehr des deutschen Saargebietes zum Vaterland nicht nur eine Wiedergutmachung begangenen Unrechts ist, sondern auch eine Bürgschaft für die Völkerveröhnung und eine Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft.

Die Brüder und Schwestern im Reich schauen mit Bewunderung auf den Kampf für Volkstum und Freiheit, der an der Saar geführt wird, und schwören den Volksgenossen: Treue um Treue!

Der Reichspräsident zur Koblenzer Saartagung

Beim Bund der Saarvereine ist folgendes Telegramm des Reichspräsidenten eingegangen: Dem zu seiner zwölften Jahrestagung an historischer Stätte versammelten Bund der Saarvereine sende ich herzliche Grüße und beste Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf der Tagung. Möge der schnelle Wunsch, in dem sich das deutsche Volk mit seinen Brüdern und Schwestern an der Saar einigt, die vollkommene Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem gesamten deutschen Vaterland bald in Erfüllung gehen.

gez. v. Hindenburg.

Volk will zu Volk

Das VDA-Fest der deutschen Schule in Berlin

U. Berlin, 12. Sept. Das Deutsche Stadion im Grunewald stand am Sonntag im Zeichen des blauen Wimpels des Vereins für das Deutschtum im Ausland. An dem vom VDA, Landesverband Mark Brandenburg, veranstalteten „Fest der deutschen Schule“, das die Aufgabe hatte, die Verbundenheit der deutschen Schulen im In- und Ausland darzutun, wirkten 12 000 Kinder der höheren, mittleren und Volksschulen Berlins mit. Trotz des regnerischen Wetters wohnten etwa 50 000 Menschen den Vorführungen bei. Die Massenspiele, Volkstänze, Massenreigen, Musikchöre und Sprechchöre sowie ein volksdeutsches Bewegungsspiel „Volk will zu Volk“ fanden lebhaften Beifall. Das Festspiel, an dem 3600 Schülerinnen sowie 500 Mitglieder der Trachten-Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften aller deutschen Stämme mitwirkten, brachte die Kulturnot in den abgetretenen Gebieten und der Auslandsdeutschen sowie den Willen des VDA zum Ausdruck, dieser Not nach Kräften zu steuern.

Reichsinnenminister Frhr. v. Gayl sprach im Namen der Reichsregierung und der preussischen Regierung dem VDA herzlichen Dank dafür aus, daß er es zum ersten Mal unternommen habe, in großem Maßstabe ein Fest der Jugend auszugeben, das dem Gedanken an die Millionen deutscher Volksgenossen außerhalb der Grenzen des Reiches gewidmet

sei. Im Auftrag des Reichspräsidenten verlas er eine Botschaft, in der der Reichspräsident den Wunsch ausdrückte, daß die Feier als kraftvolles Bekenntnis zum deutschen Volkstum diesseits und jenseits der Reichsgrenze, zur Festigung der Bande dienen möge, die uns mit unseren deutschen Brüdern im Auslande verbinden. Die Jugend möge die Ueberzeugung mitnehmen, daß nur zielbewusstes, treues Zusammenhalten aller Volksgenossen über die Meinungsverschiedenheiten des Tages hinweg unserer deutschen Nation den Weg zum Wiederaufstieg bahnen könne.

Der Minister führte weiter aus: Das oft und gern mit Begeisterung gesungenes Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ bedeute nicht, daß wir uns über andere Völker hinwegsetzen. Es solle heißen, daß Deutschland über alles in unserem Herzen geht, daß wir eine Liebe haben, die Deutschland heißt, einen Wunsch, Deutschland zu dienen unser Leben hindurch, eine Sehnsucht nach Freiheit und Zukunft unseres Volkes. Nur wenn wir die Begeisterung solcher Stunden nutzbar machen der künftigen Arbeit, dann werden die Millionen deutscher Volksgenossen nicht nur mit Stolz auf das Vaterland sehen, sondern sie werden an uns den Halt finden, den sie brauchen, um den schweren Kampf zu bestehen. Wenn wir mit unserem ganzen Sein für Deutschland eintreten, dann geht auch der Traum in Erfüllung der in unserem Herzen lebt, von einem freien und glücklichen Deutschland. Reichsminister a. D. Dr. Götler, der 1. Vorsitzende des VDA, hob in seiner Ansprache hervor: Je früher die Jugend, die Trägerin der Zukunft, ihren Blick aus dem Hader und der Enge der Heimat hinausrichtete auf die Millionen unseres Volkes, die draußen im Kampf für das Deutschtum kämpften, um so pröder sei die Hoffnung, daß die Sache des Deutschtums im Auslande dem ganzen Volk zur Herzenssache werde.

Um den Umbau der Reichswehr

Das Reichsbanner für Miliz

— Berlin, 12. Sept. Die Wochenzeitung der Eisernen Front, das „Reichsbanner“, nimmt in einem Artikel zur Umorganisation der Reichswehr Stellung. Grundförmlich wird gesagt, daß die unterschiedliche Behandlung Deutschlands in Bezug auf Landesverteidigung auf die Dauer unerträglich sei. Für alle freiheitsliebenden Deutschen werde es aber unannehmbar sein, einem Ausbau der deutschen Wehrmacht zuzustimmen, wenn nicht alle nur erdenklichen Garantien gegen innerpolitischen Mißbrauch gegeben würden. In diesem Sinne hält der Artikel es für zweckmäßiger, ein Heer von 60 000 Berufssoldaten mit hochmodernem Material und eine Miliz von 400 000 jungen Deutschen auf der Grundlage allgemeiner kurzer Wehrpflicht zu schaffen, als etwa 200 000 oder 300 000 wie bisher nur ganz einseitig ergänzte Soldner.

Die Reichstagsauflösungen seit 1920

Jeder Nachkriegsreichstag fand ein unnatürliches Ende

Während die 13 Reichstage der Vorkriegszeit im allgemeinen einen normalen Ablauf der Wahlperiode zu verzeichnen haben, und vorzeitige Auflösungen zu den Seltenheiten gehören, scheint es, so schreibt die „Wanderhalle“, das Schicksal aller Reichstage nach dem Kriege zu sein, daß sie sich eines natürlichen Ablaufes der Wahlperiode nicht erfreuen können. Auch jetzt wieder ist der — eben erst ge-

Morgensonne

Stimme von Hildegard Diehl.

Baron Uhlentorp will gerade das Fenster im Herrenzimmer schließen, da hört er von der nahen Terrasse seine Nichte, die ihn den ganzen Abend „liebste Onkelchen“ umschmeichelt hat, frohlocken: „Gut, daß der romantische alte Herr nicht abtut, was wir mit dem Gute vorhaben. Seine Lobrede über den Inspektor hat mir aber gezeigt, daß er noch unentschlossen ist. Darum muß das Geschäftliche unseres Besuches schnellstens geregelt werden. Gleich morgen. Die Uhlentorps sind weltfremde Träumer. Es wird nicht viel Mühe kosten, ihn einzuwideln.“

„Pf, Nita, leiser“, mahnt ihr Gatte, „wenn das jemand hört —“

„Ausgeschlossen! Dein humorloser Onkel hat längst den Bettstumpf über die stolze Nase gezogen.“

... Die Sonne stößt jauchzend über die Morgenschwelle. Gisela Karsten bleibt im taubperlten Wiesenmeer stehen, hebt die weißen, kraftvollen Arme, als wolle sie das aufblühende Licht herabziehen, senkt und hebt sie von neuem in feierlichem Rhythmus. Blöcklich fühlt sie sich beobachtet. Sie wendet sich um und schaut in zwei andächtige Männeraugen unter gefurchter Stirn. Ein paar forschende Blicke eilen über Jagdanzug und weißes Frauengewand — dann reichen sich die einsamen Morgenmenschen aus heimlichem Wohlgefallen die Hand.

„Auch einer, der in der Frühsonne Freude sucht.“

„Auch eine, die den Morgen liebt.“

Nach dieser fröhlichen Vorstellung, die ihren gleichen Seelengrund offenbart, hebt Gisela wieder die Augen zum Licht. „Es sind doch die heiligsten Minuten am Tage. Erst die graue, wartende Stille, als bete die Erde um das lebendige Licht, und dann die flammende Erfüllung.“

Ihr Morgengefährte gerbricht sich indes den Kopf, wer die kraftvolle Lichtgestalt, die da auf einmal in seinen Alltag getreten ist, sein mag. „Natürlich Landkind?“ tastet er. „Mit Umweg“, lacht sie. „In der Großstadt geboren. Aber meine Mutter hatte altes Schollenblut. Vater war Künstler.“

„Und die Tochter hat seinen Beruf geerbt?“

Seine Frage wirft einen Schatten über ihr Sonnenlicht, aber es hellt sich gleich wieder. Der Schall blüht aus den Augen. „Erfahren Sie nicht über meinen beruflichen Absturz: Erst Kunststudentin, dann Friseurin, jetzt Kammerzofe bei der Nichte vom Baron Uhlentorp.“

Er verbirgt seine Ueberraschung unter verstehendem Lächeln. „Ein Notberuf. Muß schwer für Sie sein.“

„Schauerlich! Aber man lernt darin, daß man auch in der engsten Berufszelle nützen und sein Menschentum entfalten kann. In den widerwärtigsten Minuten denkt alles nur ein Märchen. Die böse Zeitheire hat dich verzaubert und so oft ich kann, hol ich mir Kraft in der Wortentrücke.“

wählte — Reichstag, der bisher eine einzige Sitzung abgehalten hat, aufgelöst worden.

Alle seit 1920 gewählten Reichstage, sechs an der Zahl, haben damit ein vorzeitiges Ende gefunden. Der nach Beendigung der Arbeiten der Nationalversammlung am 6. Juni 1920 gewählte Reichstag wurde Mitte März 1924 einige Monate vor dem natürlichen Ablauf der Wahlperiode durch den damaligen Reichspräsidenten Ebert durch eine vom Reichskanzler Marx gegengezeichnete Verordnung aufgelöst. Anlaß dazu war die Tatsache, daß eine Mehrheit das Verlangen der Reichsregierung ablehnte, als lebenswichtig bezeichnete Notverordnungen über ein Sanierungsprogramm als Ganzes unverändert fortbestehen zu lassen. Die Auflösungsverfügung wurde im Reichstag verlesen. Dieser erste Nachkriegsreichstag hat insgesamt 411 Sitzungen abgehalten. Der Reichstag der zweiten Wahlperiode, der dann am 27. Mai 1924 zusammentrat, brachte es nur auf 29 Sitzungen; seine Arbeiten endeten durch ein Auflösungsdekret, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß „parlamentarische Schwierigkeiten die Beibehaltung der gegenwärtigen Regierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher befolgten Innen- und Außenpolitik unmöglich machen“. Da dieser Reichstag zur Zeit der Auflösung nicht versammelt war, erlangte die Verordnung ihre Wirksamkeit durch Zustellung an den Reichstagspräsidenten. Die mit den Neuwahlen am 7. Dezember 1924 einsetzende dritte Wahlperiode endete nach 3 1/2 Jahren wieder durch eine Auflösung, die Reichspräsident von Hindenburg unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers Marx am 31. März 1928 vollzog, weil „nicht zu erwarten war, daß der Reichstag noch weitere große gesetzgeberische Arbeiten in dieser Wahlperiode zum Abschluß bringen würde“. Hier lag eine Art verschleierte Selbstauflösung vor, weil der Reichstag trotz Kenntnis von seiner bevorstehenden Auflösung noch ein Notprogramm der Regierung genehmigte. Dieser dritte Reichstag trat zu insgesamt 415 Vollsitzungen zusammen. Die Neuwahl vom 20. Mai 1928 brachte einen Reichstag zustande, der bei etwa zweijähriger Lebensdauer 204 Vollsitzungen abhielt. In der Sitzung vom 18. Juli 1930 verlas, nachdem das Parlament die Aukerkräftigung von Notverordnungen verlangt hatte, Reichskanzler Brüning aus der berühmten Roten Mappe die Auflösungsverordnung, die auf dieses Verlangen zurückging. Die Notverordnungen wurden bald darauf mit geringen Änderungen erneut erlassen. Der Reichstag vom 14. September 1930 ist am 4. Juni aufgelöst worden, weil er nach dem Ergebnis der vorher genannten zahlreichen Länderwahlen offensichtlich nicht mehr dem politischen Willen des deutschen Volkes entsprach. Abgesehen von den 180 Vollsitzungen der Nationalversammlung haben die bisherigen Nachkriegsreichstage insgesamt 1123 Vollsitzungen abgehalten.

Der letzte Reichstag hat zwar den Willen des Volkes nach dem neuesten Stande zum Ausdruck gebracht, doch zeigten sich Schwierigkeiten in der Frage der Regierungsbildung. Er kann nun den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, das kurzlebteste aller deutschen Parlamente gewesen zu sein.

Nur ständiges Inferieren bringt Gewinn!

Sie wandern durch Verhensang und Sonne und genießen das erwachende Sommerleben und die Freude aneinander... Was gibt es für Frauen, denkt er bewundernd. Der lähmende Mühsal, der ihn so zeitig aufgeschreckt, wird von der frohen Kraft an seiner Seite wie Spreu verweht. Belebende Funten sprühen auf ihn über. Jahre fallen von ihm ab... In einem schnittreifen Weizenfeld bleibt Gisela stehen und schaut sinnend in das sonndurchglühete Aehrengold. „Kennen Sie den Baron Uhlentorp?“

„Sehr gut. Ich bin sein Inspektor.“

Ach, nun weiß sie den Grund seiner Sorgenfalten. „Sie fürchten wohl bei der Güterübergabe Ihre Stellung zu verlieren. Aber“, ihre Augen blitzen ihn auftrüttelnd an, „das können Sie doch hindern. Ueberreden Sie den alten Baron, daß er seinen Besitz nicht in Hände gibt, die keine Liebe für die herrliche Erde hier haben. Ist er denn schon so alt — Anfang fünfzig? Aber da steht ein Mann doch noch im besten Schaffensalter und wirft sich nicht selbst zum alten Eisen.“

Der Inspektor nickt. „Hab ich ihm auch schon gesagt. Aber er hat keine rechte Spannkraft mehr. Hat zuviel erlebt — ist müde.“ — „Heute müssen auch die Aelteren und Mäden alle Kräfte zusammenreißen. Wir brauchen ihre Erfahrung. Er sollte heiraten. Eine frohe Partnerin seiner Arbeit und Sorgen und eine lachende Kinderstar in dem schönen Schloß würden ihn schon munter reißen.“

„Glaub ich auch“, schmunzelt der Inspektor. Sie geraten in einen lauschigen Waldweg. Tannenruch umwurzelt sie. „Der Forst geht in den Park über“, erklärt er.

Gisela seufzt: „Den darf ich nicht betreten. Strenges Verbot.“

„Zoo, von wem denn?“

„Von meiner Herrin. Der Baron soll menschenscheu sein, fremde Gesichter nicht lieben. Ich darf mich tagsüber nur in meinem Zimmer aufhalten und nur bis sieben Uhr morgens spazierengehen, damit ich ihn nicht begegne.“

Ein Förster kommt auf sie zu, bleibt stehen, legt die Hand an die Mütze. Der Inspektor nickt ihm zu. „Ist der Bod noch da?“

„Jawohl, Herr Baron.“

Baron Uhlentorp freut sich wie ein Schulbube über die flammende Glut in Giselas Gesicht. „Nun denken Sie wohl, ich hab' geschwindelt“, lacht er und greift nach ihrer Hand. „Ich bin nämlich seit der Erkrankung meines Beamten mein eigener Inspektor. Und jetzt wollen wir gleich mal Ihre famosen Ratschläge besprechen.“

... Indes Gisela, glückselig, den Toiletentisch ihrer Herrin säubert, liest Frau Nita ein eben vom Diener gebrachtes Schreiben. „Liebe Nichte, Du hast recht, wir Uhlentorps sind Träumer. Dein humorvoller alter Onkel träumt seit heute morgen von einem zweiten Eheglück mit Gisela Karsten. Die Güterangelegenheit ist also schnellstens geregelt.“

Würt.

In U...
bandes w...
vereinig...
die Haup...
vorsteh...
grüßte u...
ster Dr...
und der...
Zeit zur...
gerade d...
Handwer...
den leste...
die Not...
man org...
Größe...
sei, daß...
läßt fü...
und noch...
sere Zuf...
Geschlo...
gisch die...
beruf...
Gruppen...
wärtigen...
als unbe...
müsse fü...
sei das...
der Priv...
Ausfüh...
der Unte...
Dara...
hardt de...
der Ant...
einerse...
zuhelfen...
Handwer...
die fina...
werden...
handel u...
bedrohun...
schäftsfü...
Ueberf...
Rechner...
bandstag...
Ansch...
In das...
forderun...
mit ein...
in Hall...
Soffnun...
schäftsl...
nisse für...
deutsche...
für De...
bleibe d...
hauptun...
richtig...
Mensch...
und Bog...
hätten...
schlimm...
und So...
auf Pri...
werden...
Kanzler...
Privatn...
sich für...
Risienun...
aus. G...
die Zus...
bestimm...
verordn...
Initiat...
deutsche...
schweren...
nungen...
sehung...
Rolle un...
Aufgabe...
aufnahm...
Die...
sich i...
fürchtba...
Gewerb...
Brot ge...
durch ei...
lich in...
gefimm...
in Deut...
war gr...
program...
deutsche...
Sandwe...
Bekenn...
Privatn...
zum Ar...
zu stellen...
1. In...
die Geb...
duktion...
Grundr...
anrech...
im Aus...
Sausbef...
nunost...
das Bau...

70. Verbandstag der Württ. Handwerker- und Gewerbevereine

In Ludwigsburg fand der 70. Verbandstag des Verbandes württembergischer Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen e. V. statt. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Hauptversammlung am Sonntag. Der erste Verbandsvorstand, D. Heine, eröffnete die Versammlung und begrüßte u. a. Wirtschaftsminister Dr. Maier, Oberbürgermeister Dr. Frank, die Vertreter der Württ. Handelskammer und der Fachverbände. Wenn man sich trotz der Schwere der Zeit zur Abhaltung des Verbandstages entschlossen habe, so gerade deshalb, weil die Not es erfordere, daß das schwäbische Handwerk gegen die Vernachlässigung des Mittelstandes in den letzten 12 Jahren öffentliche Anklage erhebe. Größer als die Not des Mittelstandes werde aber die Kraft sein, wenn man organisatorisch zusammengefaßt seine Kraft an der Größe der Aufgabe energisch messe. Wenn es auch verständlich sei, daß sich der gewerbliche Mittelstand vom Staat vernachlässigt fühle, so dürfe daraus aber nicht Hoffnungslosigkeit und noch weniger Mißtrauen und Zwietsracht entstehen. Unsere Zukunft beruhe in erster Linie auf der Einigkeit und Geschlossenheit der Organisation. Der Redner forderte energisch die Selbsthilfe des gewerblichen Mittelstandes, einen beruflichen Zusammenschluß, der alle Gruppen umfasse. Der gewerbliche Mittelstand sei im gegenwärtigen Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus als unbeteiligtes Mittelglied eingeklemmt. Der Mittelstand müsse für die Erhaltung der freien Wirtschaft eintreten. Hier sei das klare Bekenntnis der Reichsregierung zur Förderung der Privatwirtschaft ein Lichtblick gewesen. Zum Schluß seiner Ausführungen brachte der Vorsitzende noch die Wichtigkeit der Unterstützung des Junghandwerks zum Ausdruck.

Darauf erstattete der Verbandsgeschäftsführer H. Eberhardt den Rechenschafts- und Kassenbericht. Die große Zahl der Anträge (60), die dem Verband zugegangen sei, zeige einerseits, daß man in den Vereinen ernstlich bemüht sei mitzuhelfen, andererseits aber auch die schwierige Lage der Handwerke. In vielen Kreisen sei man über die Not von Handwerk und Gewerbe nicht im klaren, deshalb müsse klar die finanzielle Notlage besonders zum Ausdruck gebracht werden. Der Referent wandte sich dann gegen den Wanderhandel und die Schwarzarbeit, die sich zu einer Existenzbedrohung vieler Handwerker auswachsen würden. Der Geschäftsführer erstattete noch den Kassenbericht, der mit einem Ueberschuß von 1000 RM. abschließt. Dem Vorstand und Redner wurde Entlastung erteilt. Für den nächsten Verbandstag wurde Weislingen gewählt.

Anschließend ergriff Generalsekretär Hermann Berlin das Wort über das Thema: „Die wirtschaftlichen Grundforderungen des deutschen Handwerks“. Der Redner begann mit einem kurzen Uebersicht auf die letzte Verbandstagung in Hall und die damalige wirtschaftliche Lage. Er verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß wir seitdem den Tiefpunkt der Wirtschaftslage überschritten hätten. Ueber die Kaufmännischen Ergebnisse könne man als Wirtschaftspolitiker nur sagen, daß die deutsche Delegation das Beste versucht und getan hätte, was für Deutschland geschehen konnte. Das wichtigste Problem bleibe das der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Behauptung, daß der Kapitalismus im Sterben liege, sei nicht richtig. Das privatwirtschaftliche System habe der arbeitenden Menschheit viel gegeben und das dürfe heute nicht in Bausch und Bogen verurteilt werden. Die kollektivistischen Versuche hätten wirtschaftlich und sozial überall verlagert. Das schlimmste seien die Kreuzungsveruche von Privatwirtschaft und Sozialismus gewesen. Nur einem Wirtschaftssystem, das auf Privateigentum aufgebaut sei, könne das Wort geredet werden. Hermann schloß sich den Ausführungen des Reichskanzlers, die dieser in seiner Rede in Münster über die Privatwirtschaft gemacht hatte, voll und ganz an. Er sprach sich für die Vereinheitlichung von Arbeitslosenversicherung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtsverbandslospfürsorge aus. Er ging dann noch näher auf die Verordnung über die Instandsetzung der Althäuser ein. Das sei ein Arbeitsbeschaffungsprogramm größten Stils — und hier sei die Notverordnung besonders zu begrüßen. Sehr gut sei auch, daß die Initiative dem Unternehmer überlassen worden sei. Das deutsche Unternehmertum stehe damit aber auch vor einer schweren Aufgabe. Wenn auch Einzelheiten der Notverordnungen falsch seien, so müsse man sich mit der großen Zielsetzung einig wissen. Das Vertrauen spiele die entscheidende Rolle und soll jetzt neu gestärkt werden. Darum sei unsere Aufgabe für die Zukunft: Trennendes zu vergessen und einig zusammenzusetzen.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschlüsse an: Auftragsnot und Steuerdruck sind so fürchtbar geworden, daß ein großer Teil von Handwerk und Gewerbe am Boden liegen und nicht mehr wissen, wo sie ihr Brot hernehmen sollen. Die verflochtenen 14 Jahre haben in klarer Deutlichkeit gezeigt, daß der Aufbau Deutschlands nur durch einen gesund fundierten selbstständigen Mittelstand möglich ist. Die Reichsregierung muß deshalb eine bestimmte und gesinnungsmäßige, mittelständische Politik führen, wenn es in Deutschland wieder anders werden soll. Der Verbandstag war grundsätzlich der Auffassung, daß das neue Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung ein letzter Schritt ist, um die deutsche Wirtschaft vor dem Untergang zu bewahren. Das Handwerk anerkennt den Mut, die Geschlossenheit und das Bekenntnis der Reichsregierung zur Erhaltung der freien Privatwirtschaft; trotzdem hat der Verbandstag namentlich zum Arbeitsbeschaffungsprogramm eine Reihe Forderungen zu stellen:

1. In diesen Arbeitsbeschaffungsplan muß unverzüglich die Gebäudenutzungssteuer als mindestens ebenso produktionshemmend wie die Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer einbezogen werden, derart, daß der Steueranrechnungsschein auch auf die Gebäudenutzungssteuer (im Ausmaß bis zu 50 Prozent) ausgedehnt wird, damit der Hausbesitzer in die Lage kommt durch den Steueranrechnungsschein Mittel zu erhalten, um Reparaturarbeiten an das Bauwerk zu veranlassen zu können.

2. Der Verbandstag war der Auffassung, daß eine Herabsetzung der Zinsen notwendig ist, aber sie muß im Wege einer individuellen Regelung erreicht werden.

3. Eine Vorkörung des Tarifrechtes könnte erst dann richtig verstanden werden, wenn auch auf der anderen Seite durch Geseßesmaßnahmen eine Auflockerung der Kartelle und Syndikate sofort erfolgt. Das Handwerk fordert ein energisches Vorgehen der Reichsregierung gegen die verheerenden Auswüchse der Kartell- und Syndikatwirtschaft. Der Verband hat sich immer staatsverantwortlich eingestellt, er muß aber die Verantwortung ablehnen wenn die Verzweiflung den Mittelstand zur Selbsthilfe führt.

Beim gemeinsamen Mittagessen im Ratskellerlokal hielt Wirtschaftsminister Dr. Maier eine kurze Ansprache. Er betonte die Wichtigkeit, den Schritt der Reichsregierung zu unterstützen, damit er Nutzen bringen könne. Die Wirtschaft müsse aus sich selbst genesen. Die Reichsregierung würde ihren eigenen Plan gefährden, wenn sie es auf Neuwahlen ankommen ließe. Er schloß mit dem Trinkspruch: „Gott segne das ehrbare Handwerk“. Oberbürgermeister Dr. Frank sprach über die Notwendigkeit des Vertrauens. Die gut besuchte Tagung hat einen sehr harmonischen Verlauf genommen.

Aus Stadt und Land

Calw, den 13. September 1932.

Auszeichnung

Den Turnern Adolf Ziegler, Karl Huber und Walter Fink vom Turnverein Calw wurde für vielseitige Leistung im Sport vom Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen das deutsche Turn- und Sportabzeichen verliehen.

Schwalbenabschied

„Maria Geburt ziehen die Schwalben fort.“ Nicht willkürlich, wie manche andere Regel, hat der Volksmund den Abzug der Schwalben mit dem früher bedeutungsvollen Posttage Maria Geburt in Verbindung gebracht. Wie die wissenschaftlichen Beobachtungen bekräftigt haben, verlassen uns tatsächlich die flinken, uns so lieb gewordenen Frühlingssboten in der ersten Hälfte des September. Im Osten Deutschlands fällt der allgemeine Aufbruch der Schwalben gewöhnlich in die Zeit vom 6. bis 10., in Nord- und Mitteldeutschland vom 8. bis 12., und aus dem Süden sind sie in der Regel bis zum 15. September alle fortgezogen. Man hat die immer wiederkehrende Gleichmäßigkeit der Abreise mit den in diesen Tagen günstigen Luftströmungen in Verbindung gebracht. Ob wir aber jemals ganz hinter das große Rätsel des Vogelzuges kommen werden? Es hält sie doch nichts länger bei uns zurück. Nicht die süßlich warme Septembersonne, ihr Nest, in dem sie geboren, unsere Liebe für sie. Wenn die Zeit da ist, wird auch in dem kleinen Vogelherzen die Sehnsucht nach der afrikanischen Sonne so stark, daß es ihr folgen muß. Tage vorher schon ist es fast, als hätten sie Reisefieber. Lauter als sonst klingen die feinen, hellen Stimmen durch den Sommerabend, wenn die Schwalben hoch über den Dächern mit den letzten Goldstrahlen der sinkenden Sonne in lustigem Reigen sich wiegen oder auf Dachfirst und Drähten dicke Notenlinien ziehen und die weichen Vieder vom Scheiden und vom Wiederkehr im Abendhauch verwehen. Eines Tages sind alle fort. Die Nacht hat sie entführt, wie sie sie einst brachte. Sie nehmen uns den Sommer mit, die Sonne und tragen unsere Sehnsucht der Sonne entgegen, die sich auch schon anshiedt zur immer kürzer werdenden Winterfahrt.

Großfeuer in Besenfeld

Am Sonntag abend nach 9 Uhr brach in dem Anwesen der Konradsbauerin Frieda Sackmann geb. Pfeifle, deren Mann im Kriege bei Ypern fiel, ein Brand aus, der bei dem herrschenden Sturm sich ungeheuer schnell verbreitete. Das gesamte große Anwesen, bestehend aus einem stattlichen Wohnhaus, Viehhaus und Leibdinghaus wurde in kurzer Zeit ein Haub der Flammen. Die Feuerwehr, welcher die Motorspritze von Baiersbrunn und Freudenstadt zu Hilfe eilten, hatte alle Hände voll zu tun und leistete fast unermessliches, um die Nachbargebäude von Schuhmacher Währ, Georg Kappeler, Holzauer und das landwirtschaftliche Anwesen des Oberwiesenhofs zu retten, was glücklicherweise gelang. Der ungeheueren Feuerflut, der auch den Wald in große Gefahr brachte, gewährte ein schauriges Bild. Nur dem Eintreten eines Regensfalls ist es zu verdanken, daß nicht noch ein Waldbrand entstand. Mit dem stattlichen Anwesen der Frau Sackmann sind auch 13 Stück Vieh verbrannt.

Das Jahr 1933

Das kommende Jahr 1933 ist ein Gemeinjahr und zählt 365 Tage. Sonntag Septuagesimae ist am 12. Februar, Ashermittwoch am 1. März, Ostervollmond 10. April, Ostermontag 16. April, Christi Himmelfahrt am 25. Mai, Pfingstsonntag 4. Juni, Dreifaltigkeitsfest 11. Juni, Fronleichnam 15. Juni, erster Adventssonntag 3. Dezember. — Der Winter 1932/33 beginnt am 22. Dezember 2.38 Uhr, der Frühling 1933 beginnt am 21. März 2.43 Uhr, der Sommer 1933 beginnt am 21. Juni 22.17 Uhr, die Hundstage 1933 beginnen am 23. Juli 9.13 Uhr, sie enden am 23. August 16.02 Uhr, der Herbst 1933 beginnt am 23. September 13.12 Uhr, der Winter 1933/34 beginnt am 22. Dezember 8.13 Uhr.

Better für Mittwoch und Donnerstag

Bei abflauenden westlichen Winden ist für Mittwoch und Donnerstag abwechselnd bewölkt, meist kühles Wetter zu erwarten.

Wassertemperatur im Freibad Stammheim 20° C.

Birkenfeld, 12. Sept. Ein Verkehrsunfall ereignete sich etwa 300 Meter oberhalb des Bahnhofes auf der Straße Neuenbürg-Pforzheim. Dort überfuhr ein auf dem Wege nach Pforzheim befindlicher Personenkraftwagen aus Felsennach den die Straße überquerenden 12 Jahre alten Knaben Hermann Näher aus Dillstein. Der Führer des Kraftwagens brachte den schwer verletzten, bewußtlosen Jungen selbst nach Pforzheim ins Krankenhaus. Der Zustand des Ueberfahrenen wird im Hinblick auf die äußerst schweren Kopfverletzungen als sehr bedenklich betrachtet.

Pforzheim, 12. Sept. Ein Unfall, der erheblichen Schaden verursachte, ereignete sich auf dem Hofgut Budenberg. Als dort ein Gespann zum Futterholen ansfahren sollte, berührten die beiden Pferde im Hof einen Draht der 220/330-Volt-Drehstromleitung, den der Sturm herabgerissen hatte. Beide Tiere, eine vier- und eine sechsjährige Stute, stürzte zusammen und verendeten kurz darauf.

Arnbach, 12. Sept. Wie in den Nachbargemeinden, so ist auch hier die Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes beschlossen worden. Dem entsprechenden Antrag der Gemeinde ist vom Bezirkskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland stattgegeben worden. Es sollen gleichzeitig höchstens 40 Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden.

Egenhausen, 12. Sept. Auf dem Heimweg von Altensteig nach Egenhausen stürzte gestern der verheiratete 41jährige Silberarbeiter Karl Brenner von hier auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise so unglücklich von seinem Motorrad, daß er mit einem schweren Schädelbruch bewußtlos liegen blieb. Er hat bis heute Nacht das Bewußtsein nicht wieder erlangt und um sein Leben wird ernstlich bezagt.

Gerrenberg, 12. Sept. In diesen Tagen kann der Langenlingenweg übernommen werden: damit ist die Arbeit des freiwilligen Arbeitsdienstes vorerst beendet. Bürgermeister Schid hat in Begleitung von Forstmeister Volz und Stadtbaumeister Schwarz den Weg besichtigt und die sachgemäße Ausführung festgestellt. Besonders rühmend wurde die aufopfernde, ehrenamtliche Arbeit von Forstmeister Volz anerkannt, der die Beaufsichtigung und sachmännische Leitung übernommen hatte.

Wp. Eutingen, 12. Sept. Die Arbeiten am neuen Bahnhof nehmen einen günstigen Verlauf. Während die Hauptgebäude schon im Rohbau bzw. Unterbau fertiggestellt sind, werden nun die verschiedenen Stellwerke in Angriff genommen.

Stuttgart, 12. Sept. In der Bauabteilung des Gemeinderats erklärte Bürgermeister Dr. Sigloch, daß der Bau der Bauweise bei Hofen wegen der hohen Forderungen der Grundbesitzer zu scheitern drohe. Die Grundbesitzer verlangen 6 Mark für den Quadratmeter, während die Stadt Stuttgart, die den Grunderwerb übernommen habe, mit einem Durchschnittspreis von 1,50 Mark rechne.

Wp. Stuttgart, 12. Sept. Wegen eines verletzten Verbrechens des Verrats militärischer Geheimnisse zugunsten Frankreichs ist am 7. September 1932 ein 52 Jahre alter Gärtner von Cannstatt vom Straßentat des Oberlandesgerichts zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren verurteilt worden.

StG. Stuttgart, 12. Sept. Das Innenministerium hat den Oberregierungsrat Kempfenau bei der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperchaftsverwaltung zum Staatskommissar für die Gemeinde Schloßberg bestellt.

StG. Böblingen, 12. Sept. Am Samstag verunglückte zwischen Böblingen und Waiblingen eine Lehrerin von Schramberg mit dem Motorrad und wurde mit einem schweren Wirbelsäulenbruch ins Krankenhaus eingeliefert. — Von Sonntag auf Montag verunglückte zwischen Schönaich und Holzgerlingen Eugen Reichardt, alt Löwenwirt's Sohn von Hilbrighausen, mit seinem Motorrad und wurde in schwer verletztem Zustande ins hiesige Bezirkskrankenhaus eingeliefert, wo er heute früh an den Folgen des Unfalls verschied.

StG. Donzdorf D. Weislingen, 12. Sept. In der Nähe von Messelstein bei Donzdorf stürzte am Sonntag nachmittag ein Segelflugzeug der Fliegergruppe Ulm aus 60 Meter Höhe ab, wobei der Apparat vollständig zertrümmert wurde und der Flieger mit schweren, Schädel- und inneren Verletzungen durch ein in der Nähe haltendes Auto ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

StG. Göppingen, 12. Sept. In der Nacht zum Sonntag wurde im Gasthaus und Metzgerei zum „Waldhorn“ in Groß-Eislingen ein frecher Einbruchsdiebstahl ausgeführt. Durch einen offenstehenden Fensterschlügel drangen Diebe in die zu ebener Erde gelegenen Wirtschaftsräume ein und durchstöberten sämtliche Behältnisse und Schränke. Gestohlen wurde neben größeren Mengen rohen und geräucherter Fleisches und Wurst sowie eines sieben Pfund schweren Schinkens besonders in der Wirtschaft alles, was irgendwie von Wert war. Der gesamte große, in der Wirtschaft aufbewahrt gewesene Schnaps- und Likörvorrat sowie mehrere goldene Ringe, Herren- und Damenarmbänder, ebenso der Bestand der Wechselkasse mit etwa 12 bis 15 RM., Kleider und Schuhe wurden mitgenommen. Der Wert der entwendeten Gegenstände beträgt 400—500 RM.

StG. Bernhardsdorf, D. Alen, 12. Sept. Am Samstagabend brach in der mit ungedroschenem Getreide dicht gefüllten Scheuer des Joseph Hägele hier Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit über das ganze stattliche Gebäude verbreitete. Scheuer und Wohnhaus brannten bis die Feuerwehr eintraf lichterloh, so daß kaum etwas gerettet werden konnte. Der Schaden an gesamter Einrichtung des Wohnhauses, an landwirtschaftlichen Maschinen, Möbeler-Einrichtung und Futter, Stroh und Baumstammfahrs ist bedeutend.

StG. Ulm, 12. Sept. Nachdem die beiden angeführten Organisationen, Reichsverband und Zentralverband deutscher Kriegsbekämpfter und Kriegshinterbliebenen in Bremen ihre Verschmelzung einstimmig beschlossen hatten, fand gestern hier im Kasinoaal der erste Gantag des neuen „Reichsverbandes deutscher Kriegssopfer e. V.“ — Gau Württemberg und Hohenzollern statt.

StG. Friedrichshafen, 12. Sept. Der Bergwerksoberscheiter Hundertpfund geriet infolge Arbeitslosigkeit in wirtschaftliche Bedrängnis, der er aber erfolgreich zu begegnen wußte, bevor sie drückendere Formen annahm. In der Pfändergegend bei Dregenz existiert ein Kohlenbergwerk Virtsatobel, das aber wegen ungenügender Rentabilität seinerzeit wieder eingestellt wurde. Hundertpfund erinnerte sich an dieses Werk und begann im Januar ds. Js. mit seinem Freund und Arbeitskollegen Nigisch sowie zwei weiteren Arbeitslosen einen neuen Einstieg. Bis heute ist die Anlage soweit gediehen, daß Hundertpfund bereits 31 Arbeitslose beschäftigen kann.

Turnen und Sport

Turner-Handball

Der vergangene Sonntag stand unter einem ungünstigen Stern für die Calwer Handballer. Von 3 Mannschaften konnte nur die Jugendelf erfolgreich abschneiden; sie besiegte die Liebenzeller Jugendmannschaft nach schönem Spiel mit 4:0 Toren. — Calw 2. unterlag im ersten Pflichtspiel gegen die starke 1. Mannschaft des T.V. Liebenzell mit 2:7. Der Halbzeitstand wies ein Unentschieden (2:2) auf. So gut sich die Einheimischen in der ersten Hälfte hielten, so zerfahren spielten sie nach der Pause. Schiedsrichter F a s s - Langenbrand leitete dieses Treffen. — Die 1. Elf mußte gegen T.V. Ebhausen 1. unerwarteterweise eine etwas hohe Niederlage unterschlagen (4:8). Der Gegner hat das Spiel durch das gute Zusammenarbeiten der ganzen Mannschaft, durch seinen Kampfeifer und seine Schnelligkeit verdient gewonnen, während man bei den Calwern die von ihnen erwartete Spielweise vermisse. Verletzungen einiger Spieler, die vom letzten Treffen herrühren, machten sich bemerkbar. Auch scheint es, daß Ebhausen trotz der gesammelten Erfahrungen unterschätzt wurde. — Ebhausen führte bereits in der Halbzeit mit 3:5, nachdem zuerst Calw in den ersten 10 Minuten mit 2:0 den Vorsprung hielt. Das erste Tor war ein von der äußersten Flanke prachtvoll eingedachter Ball des Linksaußen. Auch der 2. und 3. Erfolg kamen auf das Konto desselben. Verschiedene Strafwürfe konnten nicht verwandelt werden, der Gärtnerbiller zeigte sich in großer Form. In der 2. Halbzeit glückte Calw nur noch ein Tor durch Strafwurf des Halbrechters. Schiedsrichter W a l z - Nagold hatte die Spielleitung inne.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse

CEB. Stuttgart, 12. Sept. Die Börse war zum Wochenbeginn uneinheitlich. Anfangs waren die Kurse fester, gaben dann aber wieder nach.

Geld, das Arbeit schaffen könnte

Von allen Seiten wird die Forderung nach energischer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhoben. Arbeitsbeschaffung ist wirklich die wichtigste und dringendste Aufgabe, für die alle verfügbaren Kräfte eingesetzt werden müssen. Die Ausgabe der Steueranrechnungsscheine ist eine der Maßnahmen, die zur wirtschaftlichen Belebung führen sollen. Auf die verschiedenste Weise wird versucht, die Geldmittel zu beschaffen, die unentbehrlich sind, um die Belebung der Wirtschaft zu finanzieren.

Zu gleicher Zeit aber liegen Gelder brach, die, wenn sie in der Wirtschaft tätig wären, mehr als einer Million Arbeitslosen wieder Arbeit geben könnten. Nach zuverlässigen Berechnungen ist die Summe der Gelder, die gegenwärtig noch zurückgehalten oder gehamstert werden, auf über eine Milliarde Reichsmark zu schätzen. Dieses Geld liegt verstreut in Kästen, Truhen und an anderen mehr oder weniger unsicheren Orten. Statt es bei den beruflichen Sparinstituten einzuzahlen, halten manche Leute das Geld zurück, nicht bedacht oder nicht wissend, wie sehr sie dadurch sich selbst und die Gesamtheit schädigen.

Das Geld, das bei den Sparkassen und Banken eingezahlt ist, schafft als Kredit in der Wirtschaft Arbeit und Erwerb. Je mehr Geld eingezahlt wird, desto mehr Darlehen können zur Durchführung wirtschaftlicher Aufgaben und Unternehmungen und damit zur Arbeitsbeschaffung gegeben werden.

Gehamstertes Geld ist für die Wirtschaft tot, es fehlt bei der Arbeitsbeschaffung. Das mögen jene bedenken, die Geld, obwohl sie es im Augenblick gar nicht brauchen, zuhause behalten, statt es bewährten Geldinstituten anzuvertrauen.

Stuttgarter Landesproduktbörse vom 12. Sept.

Weizen 21—22 (21,50—22); Roggen 18,25—18,75; Weizen 35,50—36 (35,70—36,20); Brotmehl 27,50—28 (27,70—28,20); Weizenheu 3—4; Stroh 2,80—3. Alles andere unverändert.

Berliner Produktenbörse vom 12. Sept.

Weizen, märk. 206—208; Futterweizen 195—197; Sommerweizen 210—212; Roggen, märk. 161—163; Braugerste 174 bis 184; Futter- und Industrieergerste 167—173; Hafer, 136—141; Weizenmehl 24,75—30; Roggenmehl 21,75—24; Weizenkleie 10—10,40; Roggenkleie 8,40—8,80; Viktoriarbisen 21—24; Wicken 17—20; Leinfuchsen 10,60—10,70; Erdnußfuchsen 11,70; Erdnußfuchsenmehl 11,90; Trockenfuchseln 9,20—9,50; Extrahiertes Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 11,20 bis 11,40; dto. ab Stettin 12—12,20; Speisefkartoffeln, weiße 1,20—1,30; Obenwälder, blaue 1,30—1,40; andere, gelbl. 1,40 bis 1,60; Fabrikartoffeln in Pfenning 4

Calwer Wochenmarkt

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Kartoffel; Deckenpflaume 10 Pfd. 40—45, Neckartaler 10 Pfd. 35; Spina, 15, gelbe Rüben 10, rote Rüben 10, Zwiebel 10, Tomaten 8—12, Bohnen 15—20, Wirsing 10, Rotkraut 10, Weißkraut 8, Kapsel 15—20, Birnen 15—35, Pflaumen 10—20, Zwetschgen 14 bis 20, Pflirsche 30—38, Trauben 35—45, Heidelbeeren 23—25, Preiselbeeren 35 Rp. je das Pfund; Blumenkohl 10—30, Gurken 10—30, Endivien 10, Kopfsalat 7—10, Rettiche 5 bis 10 Rp. je das Stück; Tafelbutter 1,50, Landbutter 1,30 RM. das Pfund; Eier 8,5—9 Rp. das Stück.

Amtl. Bekanntmachungen

Calw.
Das von den städt. Bäumen angefallene
Fallobst — zirka 10 Zentner —
wird am **Donnerstag vormittag 8 Uhr** unter dem
Rathaus verkauft.
Den 13. September 1932. **Stadtpflege.**

Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf
Markung Stammheim D. Calw belegenen, im Grund-
buch von Stammheim zur Zeit der Eintragung des Zwangs-
versteigerungsvermerks auf die Namen der nachgenannten
Schuldner eingetragenen Grundstücke:

Grundbuch Nr.	Gr.	Amtl. Schätzungswert vom 5. Sept. 1932
1457	Abt. 1	1 Parz. Nr. 2154, 5 a 72 qm Wiese, Häldle III 120 RM.
		3 Parz. Nr. 5240, 14 a 04 qm Acker im sauren Birkach 250 "
		4 Parz. Nr. 2622, 14 a 04 qm Acker unteres Büchach I 200 "
		5 Parz. Nr. 1770, 15 a 46 qm Acker in der Heerstraße eingetragener für Karl Mann, Sattler in Stammheim 350 "
664		1 Parz. Nr. 3527, 31 a 44 qm Acker im mittleren Eisesfahl 350 "
		3 Parz. Nr. 1696/1, 16 a 98 qm Acker hinter dem Galgenberg 150 "
		4 Parz. Nr. 5836, 18*01 qm Acker im Brand V 120 "
		7 Parz. Nr. 2153, 6 a 78 qm Wiese, Häldle VII 130 "
		8 Parz. Nr. 4400, 17 a 30 qm Acker in der Gaishalde 120 "
		16 Parz. Nr. 1142, 13 a 07 qm Baumacker in Günsacker 200 "
		17 Parz. Nr. 4551/1, 14 a 39 qm Acker im vorderen Lindach 200 "
		18 Parz. Nr. 4828, 14 a 30 qm Acker unter dem Doma eingetragener für die Ehefrau Sofie Mann, geb. Munderich, daselbst 120 "
933		1 Parz. Nr. 5241, 14 a 03 qm Acker im sauren Birkach 250 "
		4 Parz. Nr. 1698/2, 7 a 67 qm Acker im hinteren Galgenberg 25 "
		5 Parz. Nr. 3863, 12 a 92 qm Acker in Kiegläcker 350 "
		6 Parz. Nr. 5263/1, 12 a 53 qm, Acker am gestellten Weg 300 "
		9 Parz. Nr. 5243, 8 a 83 qm, Acker im sauren Birkach 150 "
		10 Parz. Nr. 3865, 12 a 79 qm, Acker in Kiegläcker 450 "
		11 Parz. Nr. 1698/2, 17 a 87 qm, Acker und Oede hinter dem Galgenberg 170 "
		13 Parz. Nr. 5225, 16 a 27 qm, Acker im sauren Birkach 250 "
		14 Parz. Nr. 5226, 6 a 10 qm, Acker im sauren Birkach 100 "

eingetragen für die Eheleute Karl und Sofie Mann daselbst je zur Hälfte;

am **Donnerstag, den 27. Oktober 1932, nachmittags 2 Uhr,**

auf dem Rathause in Stammheim versteigert werden. Der Versteigerungsvermerk ist am 21. Juli 1932 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesem, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erstellung des Zuschlags die Aushebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des ver-
steigerten Gegenstandes tritt.

Calw, den 10. September 1932.

Kommissär: Bezirksnotar Hirth.

Freie volkshirchliche Vereinigung

Am **Freitag, 16. September, abends 8 Uhr,**
spricht im **Vachsaal des Evang. Vereinshauses**
Stadtpfarrer Buder, Stuttgart
über:

„Unsterblichkeit oder Auferstehung?“

Jedermann ist freundlich eingeladen.
Gelegenheit zu freier Aussprache.
Freiwillige Beiträge zur Deckung der Kosten erbeten.

Zwangsvollstreckung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf
Markung Stammheim D. Calw belegene, im Grund-
buch von Stammheim Heft 874 a Abteilung I Nr. 4 zur
Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf
den Namen des

Ulrich **Ganzhorn**, Fabrikarbeiter und dessen Ehe-
frau **Karoline**, geb. **Kirchherr**, in **Stammheim**,
je zur Hälfte,

eingetragene Grundstück
Geb. Nr. 297, 77 qm Wohnhaus, 111 qm Hofraum,
Parz. Nr. 950/5, 216 qm Gemüsegarten auf der Egart,
am 5. September 1932 einschließlich 220 RM. für Zube-
hörden gemeinderätlich geschätzt auf 6500 RM. Wert, am
Montag, den 31. Oktober 1932, nachmittags 2 Uhr
auf dem Rathause in Stammheim versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. Juli 1932 in
das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur
Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus
dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im
Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe
von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger wider-
spricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der
Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und
bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem An-
spruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nach-
gesetzt werden.

Diesem, welche ein der Versteigerung entgegen-
stehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Er-
stellung des Zuschlags die Aushebung oder einstweilige
Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls
für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des
versteigerten Gegenstandes tritt.

Calw, den 10. September 1932.

Kommissär: Bezirksnotar Hirth.

Hier schon

entscheidet es sich,
ob Ihre Arbeit erfolg-
reich sein wird. Nicht
nur der Inhalt Ihrer
Briefe, sondern auch
die äußere Form hat
großen Einfluß auf
Ihren Erfolg. Schrei-
ben Sie Ihre Briefe mit
Erika. — Erika-Briefe
sind wirkungsvoll und
erfolgreich!

Erika

die Königin der
Kleinschreibmaschinen

Raten zu RM. 10.— oder 20.—
Chr. Widmaier, Calw, Bischofsstraße 8

Ehe Sie einen

Druckauftrag

nach auswärts vergeben, fragen Sie doch bei uns
an, ob wir Sie nicht vorteilhafter bedienen können.

„Tagblatt“-Buchdruckerei

Fernsprecher Nr. 9 **Calw** Lederstraße Nr. 23

Althengstett, den 12. September 1932

Dankagung

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe
und Teilnahme, welche wir bei dem raschen
Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen

Christian Flik

Mittelschultheißens-Sohn

erfahren durften, sagen wir unseren herz-
lichsten Dank. Insbesondere danken wir
dem Herrn Pfarrer, dem Gesangs-, Musik-
und Kriegerverein, sowie dem Stellvertreter
des Vorstandes vom Landwirtschaftlichen
Bezirksverein für die ehrenvollen Nachrufe
und Kranzniederlegungen, den Herren Ein-
tragsrätern und all denen, die ihn von nah und
fern zu seiner letzten Ruhestätte begleitet haben.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Zum Geburtstag
den guten
Serva-Kaffee.
Der Kaffee,
der allen schmeckt

G. Serva, Calw
Fernsprecher 120

Das erste, nährstoffreichste und ausgiebigste

Grünfutter im Frühjahr

gibt, im Herbst gesät, eine Mischung von Reps und
Wintererbsen.

Saatgut sowie schöne Senfsaat empfiehlt
Ropp, Lützenhardter Hof

Immer zur rechten Stunde

wirkt das Angebot in der Tageszeitung. Nie wird
die Zeitungsanzeige als Störung empfunden, wie so
manche andere Reklame.

Wenn der Leser am empfänglichsten ist, wenn er am
besten Zeit hat, wirkt auf ihn

Das Angebot durch die Zeitungsanzeige!

B.-S.-V.C.

Donnerstag, 15. 9. 1932
Bürgerfeste

Jahrgang 1892

Sämtliche Altersgenossen
treffen sich am **Freitag,**
16. Sept., 8 Uhr abends
bei Altersgenossin **Rau** zum
„**Bürgerfeste**“ zwecks
Besprechung über die Abhal-
tung einer **„Aber-Feier“.**
Mehrere 40er.

Zwangsvollstreckung.

Es werden öffentlich meist-
bietend gegen bar versteigert
Mittwoch, 14. 9., 10 Uhr
in **Holzbrunn:** 1 Bandhäge;
ferner um **11 Uhr in Decken-
pflaume:** 2 leere Fässer je ca.
180 Liter haltend; ferner um
18 Uhr in Stammheim:
1 Sofa plüsch, ferner 1 Spie-
gelschrank, 1 Bett, 1 Sofa,
1 Nähmaschine; ferner um
14 Uhr in Stammheim:
5 Fässer mit Most, 1 Band-
häge, 1 Sofa, 1 Blumenstän-
der, 1 Obsttische.

Zusammenkunft
je beim Rathaus.
Ger.-Vollz.-Stelle.

Sommerliche, kleinere 2-Zimmer- Wohnung

an alleinstehende Person auf
1. Oktober zu vermieten
Karl Hummel, Zwinger 9

Wer Einspruch gegen den Umsatz- oder Ein- kommensteuerbescheid erheben will

geht zu dem bewährten
Fachmann
August Meyle
Schultheiß a. D., Calw,
Inselstr. 4, Telefon 291

Brennnessel- und Birkenhaarwasser

für Haare und Haarboden
Flasche Mk. 1.35 bei
K. Otto Vinçon, Calw